

Linke Liste Wiesbaden



EXTRA: zur Anti-Kriegs-Demonstration in Wiesbaden ...

Die folgende Ansprache hielt der Abgeordnete der Linken Liste (LiLi) im Wiesbadener Stadtparlament, Hartmut Bohrer, bei der Kundgebung aus Anlass des Berliner Bush-Besuches:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Fraktion Linke Liste im Wiesbadener Stadtparlament beteiligt sich – leider als einzige Fraktion – an den heute stattfindenden Anti-Kriegs-Demonstrationen und Anti-Kriegs-Kundgebungen wie zehntausende, – ja vermutlich sind es mehrere hunderttausend Menschen in diesem Lande.

Das Motto „**Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...**“ bezieht sich auf den US-amerikanischen Präsidenten. Aber es beschränkt sich natürlich nicht auf seine Person; denn es sind nicht alleine seine Kriege. Es sind natürlich nicht nur die Kriege von Kanzler Schröder, Kriegsminister Scharping und Außenminister Fischer, die nach dem terroristischen Anschlag am 11. September 2001 ihre „uneingeschränkte Solidarität“ bekundeten und damit die staatsterroristische Politik der US-Regierung nicht nur mittragen, sondern durch die Beteiligung deutscher Soldaten erneut zeigten, dass sie sich nicht mehr davon abhalten lassen wollen, sich an Kriegen auf dem gesamten Globus auch mit Truppen zu beteiligen.

Der Spruch, der auf früheren Friedensdemonstrationen oft gerufen wurde: „Deutsche Waffen – deutsches Geld – morden mit in aller Welt“ ist überholt. Nun sind auch deutsche Truppen beteiligt, auch bei Angriffskriegen oder sogenannten „Kriegen gegen den Terrorismus“.

Wie schon beim 1. Weltkrieg sollen die Menschen manipuliert werden, in den Krieg zu ziehen, dafür Opfer zu bringen, bis hin zu ihrem eigenen Leben. Waren es damals „der Zarismus“, der „preußische

Militarismus“, der „Erbfeind“ gegen den man zu Felde ziehen sollte, so sind es heute der „Terrorismus“, „diktatorische Regimes“, die „Missachtung von Menschenrechten“, die mit modernen Massenvernichtungswaffen, mit Streubomben, Benzinbomben und künftig auch mit sog. „kleinen“ Atombomben bekämpft werden sollen.

Unmittelbar Leidtragende ist vor allem die ungeschützte Zivilbevölkerung.

Schon die Kriege des 20. Jahrhunderts zeigten, dass bei den Opfern der Anteil unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, insbesondere von Kindern und Frauen, ständig zunimmt, während das (feindliche) Militär sich in immer besserem Maße schützen kann, ganz abgesehen von denjenigen, die an diesen Kriegen bestens verdienen und ihre wirtschaftliche und politische Macht durch Kriege festigen und ausbauen wollen.

Damit sind wir bei den wirtschaftlichen und politischen Interessen, die hinter diesen Kriegen und Terroranschlägen stehen. Relativ nebensächlich sind dabei nämlich die Osama bin Ladens oder George W. Bushs, die an ihrer Spitze stehen. Sie repräsentieren nur **einflussreiche, mächtige Gruppen, für die diese Kriege ein gigantisches Geschäft sind.**

Im Zusammenhang mit der Beratung des Entwurfes des städtischen Finanzhaushaltes 2002/03 im Wiesbadener Stadtparlament hatte ich bereits einige wenige Beispiele aufgeführt, um anschaulich zu machen, um welche Summen es geht:



- Mit dem Geld für einen einzigen **Eurofighter** könnten über 100.000 Sozialwohnungen (mit Baukosten von je 120.000 bis 140.000 €) gebaut werden – 180 Stück hat die Bundeswehr bestellt.
Oder anders ausgedrückt:
Jeder Mensch in der Bundesrepublik könnte mietfrei wohnen.
- Ein „**Militär-Airbus A 400 M**“ kostet den selben €-Betrag wie etwa 2.000 Grundschulen (je 4,3 Mio. €) – 73 sind von der Bundeswehr bestellt.
Oder anders ausgedrückt:
Jedes Grundschulkind in den sechs ostdeutschen Bundesländern könnte in eine nagelneue Grundschule gehen.
- Statt einem **Kampfhubschrauber „Tiger“** könnte man 800 Kindergärten mit jeweils etwa 1,4 Mio. € Kosten errichten. – 80 sollen jetzt angeschafft werden.
Oder anders ausgedrückt:
Für alle Kinder in diesem Lande zwischen 2 und 3 Jahren könnten Kindertagesstätten geschaffen und 3 Jahre lang kostenfrei betrieben werden.
(Berechnungen nach isw-Wirtschaftsinfo 33 „Bilanz 2001“).

An diesen drei Beispielen sieht man, welche kaum vorstellbaren Ausmaße dieses Rüstungsgeschäft hat.

Neben den im Rüstungsgeschäft besonders aktiven multinationalen Konzernen sind es vor allem die Banken, die auf verschiedenen Wegen an diesem Geschäft besonders verdienen.

Nimmt man als Beispiel einmal die Bezüge der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank, die binnen 3 Jahren „pro Nase“ von jährlich 1,2 Millionen € auf 7 Millionen € gestiegen sind, dann versteht man, welche „Motivation“ hinter dieser Wirtschaftstätigkeit steht.

Die gigantischen Rüstungsprojekte und ihr beschleunigter „Verschleiß“ im Krieg bedeuten nicht nur milliardenfache Verschleuderung gesellschaftlichen Reichtums und damit fehlende Mittel für soziale und ökologische Aufgaben.

Ihr praktischer Einsatz verstärkt die Faktoren, die die soziale und ökologische Katastrophe für die Menschheit herbeiführen können.

Und jeder Krieg, dem wir tatenlos zusehen und dem wir nicht entschieden entgegentreten, verschiebt die wirtschaftlichen und politischen Gewichte in dieser Gesellschaft zu Gunsten der aggressivsten Teile des Großkapitals.

Diesem Prozess wollen wir mit Demonstrationen, mit der Wahrnehmung unseres Wahlrechtes, mit Diskussionen und vielfältigen Aktionen entgegentreten. Die heutige Kundgebung und Demonstration ist Teil dieser fortzuführenden Aktivitäten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,

E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?: Mo, Di, Do, Fr: 10–12 Uhr; Mittwoch: 12.30–19 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6